

# Abend-Ausgabe.

# Saale-Zeitung.

Zweiduzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. (sonst von unserm Annoncenbüro und allen Annoncen-Expeditionen) angenommen. **Reklamen** die Zeile 75 Pfg.  
Erdenm. ökonom. postl. Sontags- und Montags einmal, sonst postmal täglich.  
Reklamation und Druck-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Ulrichstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 436.

Salle a. S., Mittwoch, den 16. September

1908.

## Die Erklärungen des Reichskanzlers.

Wenn man nach den Umständen fragt, die in dem Reichstag den Wunsch erregten, die Beziehungen Deutschlands zu England noch einmal vor aller Welt klarzulegen, so besteht nun einmal ganz allgemein die Notwendigkeit, diese Dinge immer von neuem zu sagen; die gleiche Auffassung mag in einigen Monaten nochmals wünschenswert sein, kurz, so oft, bis die Tatsachen dem Bewusstsein der großen Völker, die hier in Betracht kommen, genügend eingeträgt sind. Als spezieller Beweggrund zu der Verlautbarung läßt sich dann die ungünstige Aufnahme anführen, die das neuerliche englische Manifest den Deutschen in der Markoffrage jenseits des Kanals gefunden hat. Daneben steht endlich ein noch bedeutsamerer Vorgang, der nicht genügend beachtet worden ist: Die Erklärungen, die, obwohl er denn Streite der englischen Parteien noch nicht entrückt, auch innerhalb der gegenwärtig regierenden Liberalen Partei noch nicht einmündig formuliert war, doch an hoher englischer Regierungsebene verfolgt worden ist. Der englische Minister Lord George hatte nach allem, was durch sein eigenes Zutun in die Öffentlichkeit gedrungen ist, die Absicht, den Abrüstungsplan bei seinem Aufenthalt in Berlin gegenüber den deutschen Reichsstellen zur Sprache zu bringen, und außerdem soll in Kronberg zwischen Kaiser Wilhelm und König Edward darüber gesprochen worden sein. Die Bedeutung dieses Planes und seines Schicksals wird allmählich in der Öffentlichkeit mehr empfunden, so daß denn auch jetzt der Wunsch laut wird, es möchte eine offizielle Klarstellung über die Rolle, die die Abrüstungsfrage in Kronberg gespielt hat, deutscher- oder englischerseits erfolgen.

Von deutscher Seite gesehen liegt die Sache ungefähr so: Der Abrüstungsplan als englischer Vorschlag war für deutsche Politiker etwas noch nicht Dagewesenes. Eine Sache, die früher nur innerhalb der deutschen Militär- und Flottenverwaltung und außerdem mit der deutschen Volkswirtschaft, zum Teil auch mit den deutschen Urwählern erörtert worden ist, sollte nun maßgebend beeinflusst werden durch die Verhandlung mit einem fremden Staat! Deutschland konnte es nicht auf sich nehmen, sich in das Gewirr von Auslegungen und Fäulnissen zu stürzen, das an diesen Plan geknüpft werden konnte, und hat ihn daher, wie es scheint, rund abgelehnt. Wenn aber das Wort von der friedlichen und freundlichen Gesinnung der Deutschen gegen England nicht eine Phrase sein soll, ist es nötig, auch umgekehrt den englischen Standpunkt umzusehen zu würdigen. An sich drängten wir den englischen Wunsch nach Einschränkung der Seerüstungen nicht über zu nehmen. Er lag sozusagen in der Luft, seit der Zar seinen Vorstoß in Richtung der Friedensbestrebungen gemacht hatte. Der Gedanke konnte an sich nicht als unfreundlicher Akt Englands aufgefaßt werden. Es konnte gerade für diejenige englische Partei große Bedeutung gewinnen, die uns verhältnismäßig günstig gesinnt ist, die Liberale. Durch die Ablehnung des Planes konnten andererseits dieser Partei Schwierigkeiten erwachen, die wir wieder herbeizuwünschen noch zu vergrößerten Ursache hatten. Wenn wir nun noch einmal, unter Anwendung der von deutscher Seite so oft betonten freundlichen Gesinnung, betrachten wollen, wie sich nach Ablehnung des Planes die Situation den Engländern darstellen mochte, so kann man zugeben, daß sich vielleicht in einigen Köpfen die zugläubige Anschauung festsetzen konnte: Wir haben den Deutschen die Hand zur Verständigung geboten, aber sie ist von ihnen zurückgewiesen worden; die Deutschen können doch offenbar auf andere Dinge als auf Abrüstung und Frieden.

In diesen Zeitpunkt und in diese Stimmung hinein fallen die Unterredungen, die der Reichskanzler Fürst Bülow mit Sydney Whitman in Norderny gepflogen hat. Ob nun zwischen beiden der Abrüstungsplan besonders ausführlich besprochen worden ist oder nicht, jedenfalls dienen die Erklärungen des Fürsten Bülow dazu, einerseits etwa entstandenen Argwohn und Vermittlung zu beseitigen, andererseits den Plan selbst auf längere Dauer vor sich zu mindern zu machen. Deutschland muß seine Richtung selbst bestimmen; es kann sehr leicht der Fall eintreten, daß es den Versuch, ihm da hineinzuwerden, als eine „nationale Demütigung“ betrachtet. Das ist eine solche nicht gefallene Sache, die Fürst Bülow in klaren Worten ausgedrückt. Ebenso klar hat er daneben gefügt, daß Deutschland weder gegenüber England noch Frankreich, doch und Kampfgelüste empfinde. Das sind die beiden Leitwörter, die für unsere Haltung noch lange maßgebend sein werden: wir geben keinen Haß und keine Angriffsstimmung, aber wir werden eine nationale Demütigung nicht auf uns nehmen.

## Die „Demokratische Vereinigung“.

Eine gründliche Abredung mit den Barthianern, die durch ihre unvorsichtige und gewissenlose Agitation seit Monaten die Sache des entschiedenen Liberalismus gefähr-

den, wurde am Montag abend in einer öffentlichen Berliner Versammlung (zu der die Parteimitglieder in der freundlichen Absicht gekommen waren, einige Sprengversuche vorzunehmen) von den Herren Reichstagsabgeordneten Wiesmer und Dr. Mugdan vorgenommen.  
Hr. Dr. Wiesmer führte, wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen, aus:

Die Angriffe der Gegner können uns nicht beirren. Zentrum und Sozialdemokraten weitestens darin, den Liberalismus zu verunglimpfen. Das ist erklärlich. Sie haben, wenn der Bloß zusammenfaßt, ohne Einfluß. Aber sie bleiben nicht darüber zu entschließen, was dem Liberalismus dient und was kein Programm erfordert. Darüber entscheiden wir, und wir lehnen ab, unsere tatsächliche und tatsächliche Haltung nach den Wünschen der Gegner einzurichten. (Beifall) (Beifall) Als dritter im Bunde erscheint jetzt die neue Partei, die Demokratische Vereinigung, die sich unter der Führung der Herren Barth, Breitfeld und v. Gerlach gebildet hat, um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen. (Beifall) (Beifall) (Beifall) Sie wollen, um so mehr Spektakel machen Sie. (Stürmischer Beifall u. Lärm.) Aber die Herren sollen an das Wort denken: Wer eine Zeitung lärm erregt, der glaubt nicht, daß er die Welt bewegt! Diese Gruppe hat bei den Landtagswahlen das jämmerlichste Fiasko gemacht, das sich denken läßt. Ein ungeheurer Tamtam wurde in der Presse geschlagen, Verurteilungen über Verurteilungen abgegeben, Anstrengungen aller Art gemacht — und das Ergebnis war eine Kienblamage. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Um ihre Notwendigkeit der staunenden Welt klar zu machen, müssen sie die freihänigen Gruppen, von denen sie sich trennen wollen, natürlich schädigen. Diese Taktik wird ganz nach sozialdemokratischem Rezept verfolgt, und die Tonart der Polemik, namentlich gegen die Freihänige Volkspartei, zeigt, daß die Herren den Gehgel haben, an Nippigkeit sogar noch die Sozialdemokratie zu überbieten. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Neben jener verabschiedeten Abmachung von Dr. Barth, der die Freihänige Volkspartei als „Reaktion“ und als eine „rückwärtige Genossenschaft“ bezeichnet habe, „das höchste Volkspartei sei eines ernten Kampfes nicht mehr wert.“ Die „dumme“ Meinung haben ihren Herren und Meister in dieser Tonart noch zu überbieten. Ich würde es für eine Selbstdenugung der Freihänigen Volkspartei halten, wenn ich sie gegen solche Geschwätzigkeiten verteidigen wollte. (Lach. Beifall.) Ich fühle diese Ausstellungen nur an, weil sie die Annahme, die politische Großmannsüßheit und das Vorbedenken lenken, das aus allen Anordnungen der Demokratischen Vereinigung spricht. (Stürmischer Beifall und Lärm.)

Der Kern der tatsächlichen und tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten ist die Stellung zur Sozialdemokratie. Der zur Barthischen Gruppe gehörige Stadtverordnete Dr. Preuß hat jüngst hier in einer Versammlung gesagt: „Die Quintessenz der Blutpolitik ist der Rottfeller.“ (Lachen und Zustimmung.) „Wir müssen uns vom Rottfeller befreien; denn nur im Zusammengehen des Bürgeriums und der Arbeiterklasse kann die Freiheit großer Kommunen gegeben.“ (Beifall bei den Demokraten.) Auch ich wünsche ein Zusammengehen von Bürgerium und Arbeiterklasse und bin überzeugt, daß ein solches Zusammenwirken auf dem Boden der bestehenden Ordnung und des gleichen Rechts mit dem höchsten Interesse von großem Nutzen für beide Seiten und dem ganzen Vaterlande von großem Nutzen sein würde. Ich hehre aber auf ein solches Zusammengehen, das auf der Arbeiterklasse und Sozialdemokratie beruht, nicht ab. (Beifall) (Beifall) Millionen von Arbeitern stehen außerhalb der Sozialdemokratie, die mit uns der Überzeugung sind, daß die wahren Interessen der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie nicht gefördert, sondern geschädigt werden. (Beifall.) Nicht aus „Rottfeller“ und nicht wegen der Blutpolitik, sondern von jeder Seite wird gegen die Sozialdemokratie, wegen der marxistisch-kommunistischen Lehre, die die Grundlage ihres Programms ist, wegen des Klassenkampfes, wegen ihrer fanatischen und terroristischen Agitation. Das Bürgerium soll mit den Sozialdemokraten zusammengehen, um die Freiheit zu sichern! Was die Sozialdemokraten unter Freiheit verstehen, das haben wir wieder bei den letzten Wahlen gesehen. Die von der Sozialdemokratie abhängige Wählerklasse ist in brutaler Weise bedroht und boykottiert worden. (Stürmischer Beifall.) Früher in Sadder hat jetzt in Nürnberg unumwunden den Terrorismus gepredigt und der Genußung Ausdruck gegeben, daß dieser Terrorismus bei den Wahlen in Berlin Erfolg erzielt hat. Sie hat geröhrt, daß die Sozialdemokraten es das nächste Mal noch ganz anders machen wollen. (Hört, hört!) Bei diesem offenen Bekenntnis zur Genußungsforderung scheint dem früheren Abgeordneten v. Ein doch etwas bangen geworden zu sein. Er hat erklärt, daß die Sozialdemokratie den Terrorismus grundsätzlich verwerfe. Wenn sie ihn diesmal angewendet habe, so sei das nur geschah, um das heutige Landtagsparlament abzurufen zu können. (Beifall.) Das ist eine ganz wilde Aussage. Wir bemerken nicht können die Reaktionen Wehrkraft und Beamtenschaft bei den Reichstagswahlen verteidigen, indem sie sagen, sie täten das nur, um das Reichstagsparlament abzurufen zu können. (Zustimmung.) Der Terrorismus der Sozialdemokratie ist genau so bemerkenswert wie jede andere Wahlbeeinflussung. Und wenn die Sozialdemokratie den Terrorismus annimmt und verteidigt, so vertritt sie das Recht, sich über Wahlbeeinflussungen zu beschweren, die von reaktionärer Seite geübt werden. (Beifall) Diese jüngsten Erfahrungen sind ein neuer Beweis für einen Anspruch, den ein linksstehender Politiker vor Jahren einmal getan hat: Sozialismus und Liberalismus sind zwei tödliche Feinde. Wie anderen Gefahren, welche der Freiheit drohen, reichen an Gefährlichkeit nicht an die Gefahr heran, der die Freiheit von Seiten des Sozialismus ausgeht! Hat der das geschrieben hat, ist Dr. Theodor Barth (Große Seiterkeit, Lärm und Widerspruch bei den Demokraten.)

Er hat sich gewandelt, wir nicht. Er sucht jetzt das Heil für den Liberalismus im Ringeln mit dem Sozialismus; wir waren und bleiben entschlossene Gegner der Sozialdemokratie, weil wir nicht wollen, daß die sozialdemokratische Woge über den Liberalismus hinweggehe. Wir führen mit aller Entschiedenheit den Kampf auch nach links gegen die Sozialdemokratie und die Schlepptreuer der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

## Schiffbruch des Parival-Ballons.

(Via-Telegramm der „Saalezeitung“.)

Berlin, 16. Sept. Der auf der Fahrt nach Döberitz begriffene Parivalballon warbortete am 9. Uhr normirtags über Galesche. Er wurde durch einen Windstoß erfaßt, gestürzt und zum Sinken gebracht. Er liegt jetzt auf dem Dache einer Villa in der Trabener Straße. Der Militärballon, der sich um 10 Uhr über Potsdam befand, konnte wegen Sturms nicht landen und fuhr nach Berlin zurück.

Wie dem siegreichen Luftschiff Zeppelin ist es, wie aus obiger Drahtnachricht hervorgeht, dem Parivalballon nach seiner großen Fahrt beinahe auch ergangen. Ein Windstoß hat ihn gestürzt und gestört. Das Zeppelinluftschiff traf diese Unheil damals bei Antritt der Fahrt und es konnte noch rasch in die Ballonhalle hiebert werden, wo der Schaden bald repariert wurde. Der Ballon des Majors v. Parival aber erfaßte der Wind mitten auf der Fahrt, die ihn über Berlin hinweg hoch in den Lüften hinaus ins weite Land führte. Nun, er hat aber den Tag zuvor glücklich seine große Fahrt gemacht. Zum Glück scheinen auch Personen bei diesem unglücklichen Unfall nicht verletzt zu sein, das kurze Telegramm meldet wenigstens nichts davon. Hoffentlich ist auch die Beschädigung des Ballons nicht zu erheblich, daß er nach den vorhandenen Klänen bald wieder repariert werden kann für neue erfolgreiche Fahrten. Major Parival mag darum beim Abschied seines einst so stolzen, jetzt gestürzten Fahrzeuges da oben auf dem Dache der Villa in der Trabenerstraße den Mut nicht finden lassen, sondern sich an dem unvorhergesehenen, oft erprobten, aber nie begangenen Wate seines großen Wahngeschickens in den Lüften, des großen Grafen Ferdinand v. Zeppelin, aufzufrischen, der im Alter und nach jahrelangen Verlusten mitten im Erfolge sein tolles Luftschiff sogar endendlich verbrannt hat und doch nicht verzweifelte, sondern rasch das burschliche Wort für seine Unverzagtheit fand: „Darum fällt einem doch der Mut nicht in die Hosentasche!“

## Die 15. Interparlamentarische Konferenz.

(Von unserm Berliner Korrespondenten.)

Die Konferenz, die morgen in der deutschen Reichshauptstadt zusammentritt, wird sich — darauf haben wir schon gestern an leitender Stelle hingewiesen — in erster Reihe mit den Fragen beschäftigen, die voraussichtlich auf der nächsten Haager Konferenz zur Verhandlung kommen werden. Die dritte Haager Konferenz findet im Jahre 1915 statt. Es ist also reichlich Zeit gegeben, bis dahin die in Betracht kommenden internationalen Fragen gründlich vorzubereiten, und das wird eine Hauptaufgabe der vornehmlich auf praktische Arbeit bedachten Interparlamentarischen Union sein. Der dänische Vb. Deller wird darüber Bericht erstatten. Das Hauptverstehe dürfte sich aber den Fragen zuwenden, die auf der letzten Haager Konferenz noch nicht erledigt worden sind. Der Reichsminister und der Schweizer Gehalt werden über die Beschließung der zweiten Haager Konferenz, in den Fragen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit referieren. Bekanntlich ist im Haag der Antrag auf Durchführung eines allgemeinen Weltfriedensgerichtsvertrages an dem Widerspruch vornehmlich der Dreißigstaaten gescheitert. Auch Belgien, die Schweiz und die Balkanstaaten haben dagegen gestimmt. Italien, Japan und Luxemburg haben sich der Stimme enthalten. Der Vertreter Deutschlands, Freiherr von Marschall, hat in glänzenden Darlegungen die Unmöglichkeit nachgewiesen, einen derartigen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag zu formulieren und durchzuführen. In dem Reichsbuch über die Haager Verhandlungen, das vom Auswärtigen Amt dem Reichstag vorgelegt ist, sind die Argumente der deutschen Vertreter in einer Deutschform wiedergegeben. Sowohl in der Budgetkommission des Reichstages wie im Plenum haben sich alle Parteien auf den Boden der vom Freiherrn v. Marschall vertretenen Anschauungen gestellt; auch von sozialdemokratischer Seite ist Widerspruch nicht erhoben worden. Es läßt sich deshalb annehmen, daß die deutsche parlamentarische Gruppe auch bei den Verhandlungen in Berlin den gleichen Standpunkt einnehmen wird. Es soll beantragt werden, daß jede Gruppe der Union in ihrem Schoße eine Kommission zur weiteren Prüfung der kritischen Fragen niederlegt und zu diesem Zwecke ihre Regierung ersucht, der Kommission alles Material zur Verfügung zu stellen, dessen sie zu einer gründlichen Prüfung bedarf.

Als Mitglieder der Interparlamentarischen Friedenskonferenz haben sich u. a. verschiedene ausländische Ministerien angemeldet: so die belgischen Minister Bernaert und Dupont, die ungarischen Graf Pponyi und Dr. Günther, aus Norwegen Ministerpräsident Gunnar Knudsen, aus Italien Graf Sonnag. In diesem wird eine

Reiche Minister A. D. erscheinen, so aus Spanien Dato, Freyberg und Canalejas, aus Rumänien Jifescu und Babaran, aus Norwegen Chr. Knudsen, Biehe und Lönland, aus Oesterreich Mittel, aus Portugal Candido und Teixeira Coelho, aus Ungarn A. Berzevich und Górgy ufm. Außerdem nennen wir aus Oesterreich Fürst Kinsky, aus Norwegen den Grafen von Däniken Hof Sagerum, aus Italien General Ruffo, aus Frankreich Professor Collin von der Pariser Rechtsfakultät, aus Belgien Kammerpräsident Kering, aus Kanada der Speaker des Parlaments Dembarau, aus Portugal Graf v. Palencas, Forz des Reichs. Die Zahl der Angewandten ist 620. — Infolge des großen Zutragens zur Konferenz ist es leider unmöglich, Zuhörer zu den Verhandlungen zuzulassen. Der Sitzungssaal des Reichstags hat nur 400 Plätze, so daß für die über 900 Mitglieder der Konferenz die Tribünen zugezogen werden müssen.

### Eine Ehrengabe für den Kongreß.

Berlin, 16. Sept. Den Morgenblättern zufolge überreichte gestern der deutsche Gruppe der interparlamentarischen Union der Präsident der amerikanischen Schiedsgruppe Richard Barthold, der 1855 in Schlesien geboren ist, ein schwarz-weiß-rotes Banner in weißem, dem Völkerverbündnis symbolisierenden Rahmen als Ehrengabe des National Arbitration and Peace Congress mit dem Ausdruck der bestimmten Erwartung, daß diese Summe und doch so herbe Botschaft nicht leichtlich als Akt internationaler Höflichkeit, sondern ein Beweis aufrichtiger Freundschaft und ein Omen dauernden Friedens sein möge.

Gleichzeitig wird telegraphisch gemeldet:

Berlin, 16. Sept. Reichstagsführer Fürst Bülow trifft heute zur Eröffnung der Beratungen des interparlamentarischen Kongresses hier ein. Für Sonntag ist Bülow von dem Kronprinzen nach dem Warmbatalpaal geladen worden.

## Deutsches Reich.

### Sadow statt Bülow.

Da Fürst Bülow in diesem Jahre die deutschen Parlamentarier selbst so sprich Herr Sadow in die Reichs. Er hat dem Reich des Abgeordneten Söder zufolge den Anfang mit den antisemitischen Abgeordneten Lattmann und Liebermann v. Sonnenberg gemacht, die er zu einer Aussprache in Sachen der Reichsfinanzreform gebeten hatte. Offenbar markieren diese beiden Antisemiten die mittlere Linie, auf der die Reichsfinanzreform zustande kommen soll. — Auch die Weinsteuere befindet sich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ erfahren haben will, unter den Steuerplänen, die neuerdings im Reichshausamt ausgearbeitet worden sind und dem Bundesrat vorgelegt werden sollen. Eine Einigung zwischen den verbündeten Regierungen über diese Steuer habe aber noch nicht stattgefunden. Sie soll als Fiskalgesetz erachtet sein.

### Fürst Eulenburg.

Aus Berlin wird gemeldet: Fürst Eulenburg verbleibt nur bis zum 1. Okt. in den ihm während der Dauer der Unterbringungszustand gemieteten Räumen der Charité. Die Räume werden anderweitig gebraucht. Ueber die fernere Unterbringung des Patienten finden Erwägungen statt.

### Zur Herabsetzung der Zuckerteuer.

Das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft hat in einer kürzlich an den Reichstagsrat gerichteten Eingabe darauf hingewiesen, daß die Unbestimmtheit des Termins, an dem die Herabsetzung der Zuckerteuer in Kraft treten wird, eine große Unsicherheit der Disposition und Kalkulation für große und Fabrikanten erzeugt, weil alle Waren im Moment des Inkrafttretens um 4 Mk. pro Doppelzentner entwertet werden müßten. Und in der Tat wird es bei den langwierigen Verhandlungen, denen die Reichsfinanzreform im nächsten Winter im Reichstage unterliegen wird, wahrscheinlich bis kurz vor dem 1. April, dem Beginn des neuen Etatsjahres, zweifelhaft bleiben, ob die Voraussetzungen für die Ermäßigung der Steuer zu diesem Termine oder wann sie sonst erfüllt werden. Der Wunsch zum Zuckerindustrie und -handel, eine Schädigung nach Möglichkeit zu vermeiden, ist berechtigt und der in der Eingabe gemachte Vorschlag durchaus diskutabel. Daraus soll der Bundesrat das Inkrafttreten der Zuckerzuckerherabsetzung, wenn die Reichsfinanzreform erst nach dem 1. April n. J. zum Abschluß kommt, auf einen Termin frühestens 6 Monate nach dem Zustandekommen derselben bestimmen, wobei möglichst der 1. Oktober gewünscht werden soll, weil zu dieser Zeit, als dem Uebergangspunkte von der alten zur neuen Kampagne, die Schwierigkeiten durch den Handel am ehesten überwinden werden können.

(Daß die Regierung hiergegen etwas einzuwenden haben wird, ist übrigens nicht anzunehmen, da durch die Hausinspektoren des Termines dem Reichs Abgeordneten zuzuführen. Fraglich ist nur, welche Stellung die Reichstagsmehrheit zu einem demeritierenden Gesetzentwurf einnehmen würde.)

### Die Bantquet-Kommission.

Wie die „Nat.-Ztg.“ hört, hat der Reichsbankpräsident die Mitglieder der Bantquet-Kommission zum 12. Oktober d. J. behufs Fortsetzung der Beratungen der Kommission eingeladen. Es handelt sich bei den bevorstehenden Beratungen in der Hauptsache um Fragen, die eine Verstärkung des Bankrats der Reichsbank aus dem Auslands- und Inlandsverkehr betreffen, darunter besonders die Frage, ob es sich empfiehlt, die Reichsbanknoten mit der Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel auszustatten, wie dies in England und Frankreich für die Noten der dortigen Zentralnotenbanken seit Jahrzehnten der Fall ist.

### Die Ausweisung des Journalisten Kübler.

Ueber die Gründe der Ausweisung des französischen Journalisten Kübler wird, wie der „Frankf. Ztg.“ an Straßburg gemeldet wird, an amtlichen Stellen strengstes Stillschweigen bewahrt, doch liegen sie offenbar in der journalistischen Tätigkeit des Betroffenen, wenn auch die politische Gehaltung der beiden von Kübler beherrschten Blätter („Petit Parisien“ und „Journal“) die fast germanophil sind, nicht schuld daran ist; vielmehr scheint ein Einzelfall die Veranlassung der Maßregel gewesen zu sein. Ein Urteil über die Berechtigung und Zweckmäßigkeit der Ausweisung ist natürlich nicht möglich, solange man die Gründe der Regierung nicht kennt.

Der Umstand, daß Kübler zwar Franzose der Nationalität nach, aber Elsässer von Geburt ist — sein Vater ist Weizendörfer in Altkirch, der Landesauschüß-angeordnete Justizrat Kübler in Colmar ist sein Bruder — kompliziert den Fall natürlich für die Stimmung der Bevölkerung, was wir ganz ohne Rücksicht auf die Berechtigung der Ausweisung bedauern müssen.

### Für die Wahlen zum Gewerbegericht.

Vom Handelsminister ist in einem Erlass an die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen worden, daß die Gemeindebehörden und Gemeindevertretungen der weiteren Kommunalverbände nach Möglichkeit darauf hingewiesen werden, dem Grundhauß der Verhältnisse, der bei den Kaufmannsgerichten bereits gefällige Regel ist, auch bei den Gewerbegerichten weitere Geltung zu verschaffen.

### Die Befämpfung des Antimierneipensens

Wie gestern in Rassel, gelegentlich der dort tagenden Jubiläumsschaupräsentation des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ Gegenstand eifriger Erörterungen. Um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Antimierneipen zu erzielen, hatte der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke bereits Ende Juni vorigen Jahres eine Konferenz nach Berlin einberufen, in welcher Kommodant Rintberg aus Danzig und Hr. Leonhardt (Stettin) über dieses wichtige Thema referierten. Es wurde u. a. vorgeschlagen: 1. Die Antimierneipen mit ihren schweren Gefahren für Gesundheit und Gehörlichkeit müssen auf das Ernsteste bekämpft werden. Der Kampf muß auf breiter Grundlage geführt werden. Eine Hebung des Kellnerinnenwesens muß angestrebt werden. Zum Schutze der Bevölkerung sind dazu folgende Maßnahmen erforderlich: Der § 33 der Gewerbeordnung ist dahin abzuändern, daß der Nachweis des Bedürfnisses für Erteilung der Konzession für alle Schaustellen geistiger Getränke einheitlich vorgeschrieben und daß die Frage des Bedürfnisses selbst unzulässig nach bestimmten Regeln geordnet werde. Die Polizeiverordnungen müssen für alle Antimierneipen Bestimmungen über folgende Punkte durchführen: Die Räume, in denen der Betrieb mit weiblicher Bedienung stattfindet, müssen von außen gut sichtbar und im Innern ganz übersehbar sein; die Fenster dürfen nicht verriegelt, Vorhänge nicht herabgelassen werden. Keine Kellnerin darf am Fenster sitzen oder an der Tür stehen, um Gäste anzusehen. Es ist zu verbieten, daß Kellnerinnen mit einem Gaste in einem abgetrennten Zimmer zusammenhängen. Es ist den Kellnerinnen verboten, Speisen und Getränke zu erhitzen oder auch nur anzunehmen oder zum Trinken aufzufordern. Sie sollen sich in der Nähe des Schaustellens aufhalten und dürfen nur auf besonderen Anruf zur Bedienung an den Galt herantreten, ohne sich bei ihm aufzuhalten. Die Kellnerinnen müssen unauffällig gekleidet sein. Frühe Polizeistunden sind ein- und streng durchzuführen. Jede Kellnerin ist der Polizei innerhalb vierundzwanzig Stunden anzumelden. Lokale mit weiblicher Bedienung dürfen keine Bezeichnung besonderer Art zur Anordnung des Publikums haben noch durch farbige Laternen oder dergl. besonders kenntlich gemacht werden. Eine Erhöhung der Kellnerinnen durch Gewinnanteil an den Getränken ist verboten. Zum Schutze der Kellnerinnen soll der § 41 der Gewerbeordnung dahin abgeändert werden, daß Mädchen unter einundzwanzig Jahren nicht Kellnerinnen werden dürfen. Die Stellenvermittlung für Kellner und Kellnerinnen muß besonderen Bestimmungen unterworfen werden. Es ist das gesetzliche Verbot gewerblicher Stellenvermittlung anzustreben und als Ersatz dafür öffentliche, gemeinnützige und paritätische Arbeitsnachweise einzurichten. Es ist zu erwägen, ob nicht als Ziel aller dieser Bestrebungen ins Auge gefaßt werden muß, daß in Schaustätten von Gastwirtschaften und Schaustellen weibliche Bedienung allgemein verboten wird.

### Die Zuschlagserteilung der russischen Admiralität an Blohm & Voß.

Der russische Militärattaché in Berlin, von Bek, der Schwieger Sohn des Ministerpräsidenten Stolpin, traf gestern in Hamburg ein und verhandelte mit der Schiffswerft von Blohm & Voß wegen der Zuschlagserteilung der russischen Admiralität an die Hamburger Reederei bei dem Neuaufbau der russischen Kriegsslotte. Die Unterhandlungen sind jetzt dem Abschluß nahe.

## Parteinachrichten.

— Aus der nationalliberalen Partei. In Hannover ist der frühere Harburger Oberbürgermeister Geh. Reg.-Rat Julius Ludowig im 79. Lebensjahre gestorben. Ludowig war nach einander Bürgermeister in Einbeck, Hameln und Harburg. Ludowig vertrat von 1855 bis 1888 den Wahlkreis Rorb.-Einbeck-Ustar und von 1888 bis 1893 den Wahlkreis Harburg im preussischen Abgeordnetenhaus.

## Allgemeine Mitteilungen.

— Der Bundesratsitzung am nächsten Freitag, in der die Reichsfinanzreform eingebracht werden soll, wird der Reichstagsführer Fürst v. Bülow präsidieren.

— Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Spenger-Frankenthal-Ludwigshafen erhielten noch den bisherigen Ergebnisse Buhi (liberal) 12 607 und Binder (Sozialdemokrat) 21 837 Stimmen.

— Die Verhandlungen zwischen der Frankfurter Schöngelgasse und dem dortigen Magistrat sind soweit vorgeschritten, daß der Abschluß zur Feier des deutschen Schützenfestes 1912 in Frankfurt bevorsteht.

— Auf den fröhlichen Protest des Magistrats und der Stadtverordneten in Lindenfeld hat endlich die Arnberger Regierung den langjährigen Polizeikommissar Pahle als Polizeieinpektor bestätigt. (Die Bekämpfung war zweimal mit der Begründung verlagert worden, daß der Gewächse als Militär-anwärter dem Polen nicht gemadhen sei.)

## Heer und Flotte.

Hauptmann Wendland, der sich erst während seines letzten Heimatsurlaubes vor einem halben Jahre vermaßte, ist am 13. August in Daresalaam einem Herzschlage erlegen.

## Ausland.

### Verband der deutschen Parteien.

Aus Prag wird berichtet: In einer Versammlung aller deutschen Landtagsabgeordneten wurde die Bildung eines gemeinsamen Verbandes aller deutschen Parteien beschlossen.

### Vom niederländischen Budget.

Aus dem Haag wird telegraphiert: Das Budget für 1909 weist nach Schätzungen einen Nettobetrag von 15 000 000 fl. auf. Das Budget für 1908 ergibt auch einen erheblichen Nettobetrag. Aus diesem Grunde ist eine dauernde Erhöhung der Mittel dringend erforderlich, ganz abgesehen von den Kosten der sozialen Gesetzgebung, für die die Regierung auf eine Verringerung des Zolltarifs zurückgreifen beabsichtigt. Zeitweilig sollen 10 Centimes zur Vermehrung der Einnahmen werden. Auch die Alkoholsteuer ist erhöht werden. Daraus wird der Nettobetrag auf 2 370 000 fl. herabgemindert werden.

### Ein Schiedsgerichtshof zur Schlichtung von Arbeiterstreitigkeiten.

Ein Londoner Telegramm besagt: Das Lokalarbeitsamt kündigt die bevorstehende Eröffnung eines schiedsgerichtshofes zur Schlichtung von Arbeiterstreitigkeiten an. Die Zusammenfassung der Gerichtshofen wird bei jedem Streitfall eine andere sein. Die Vorarbeiten sollen einer besonderen Stelle unparteiischer Persönlichkeiten entnommen werden. Ein oder zwei Schiedsrichter sollen aus ähnlichen Kreisen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gleichen Verhältnis ernannt werden. Erforderlichenfalls wird das Handelsamt technische Richter ohne Stimmrecht ernennen.

### Die Cholera in Petersburg.

Wie dem „R. L.“ aus Petersburg geschrieben wird, ist es den geringwertigen sanitären Maßnahmen der Stadverwaltung zuzuschreiben, daß die Choleraerkrankungen in Petersburg rapid steigen. Vom 15. d. Mts. bis heute mittag sind 240 neue Erkrankungen und 60 Todesfälle zu verzeichnen. 15 Erkrankte sind wieder genesen worden, 515 Kranke liegen in den Hospitälern. In den Vororten von Petersburg nehmen die Erkrankungen gleichfalls zu, so daß bisher in allen Kreisen des Gouvernements Petersburg Erkrankungen registriert worden sind. Am meisten ist jedoch der Peterhofer und der Schiffsbürger Kreis betroffen. Auch Kronstadt ist für choleraerträglich erklärt worden. In Rawlonsk und einer Reihe von anderen kleinen Städten der Umgegend hat die Cholera ihren Einzug gehalten. Gestern fand im Stadtrat eine geheime Beratung über den Kampf gegen die Cholera statt, zu der die Stadärzte zugezogen wurden. Die Ärzte erklärten, daß der ganze von der Stadt gegen die Cholera ausgearbeitete Plan nichts zu nützen würde. Es bestanden die Gründe von Unruhen zur Veröffentlichung zweifellos dem Ausdruck nach, deren Folge haben würde. Es sind Fälle vorgekommen, wo die Choleraerkrankten nach den Straßen gebracht und dort unter feierlichem Totenamt begraben wurden. In einzelnen Hospitälern liegen die Choleraerkrankten seit fünf Tagen unbeeidigt. Die Ärzte schlugen insgesam vor, die Verbrennung der Choleraerkrankten als obligatorisch einzuführen. Da diese Frage die Öffentlichkeit entscheiden muß, so ist auf eine schnelle Lösung zu hoffen.

### Opiumverbot in Canada.

Wie uns aus Quebec berichtet wird, ist ein Gesetz angenommen worden, wonach die Einfuhr, die Herstellung oder der Verkauf von rohem oder gepulvertem Opium, mit Ausnahme des zu medizinischen Zwecken bestimmten, verboten ist. Vorbehalten ist als Uebergangsbestimmung, daß ein Verkauf von verbotenen Opium noch 6 Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gestattet bleiben soll, sofern solches Opium nach dem von dem Zollminister zu erlassenden Bestimmungen in ein Zollausfuhrlager aufgenommen wird.

## Der Sozialdemokratische Parteitag.

(Telegraphischer Bericht.)  
S. u. H. Rintberg, 15. September.  
Die Nachmittagsung.

In der heutigen Nachmittagsung beschäftigte sich der sozialdemokratische Parteitag mit der Frage der Waiseier. Dazu lagen eine große Anzahl von Vorschlägen vor, von denen die meisten auf das Entschieden die Waiseier, und die Waiseierungsversuche aus Gewerkschaften und Parteien freizusetzen, zu verurteilen und fordern, daß bei auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeiterrunde am 1. Mai festgehalten werden. Verschiedene Anträge betreffen die Regelung der Unterführungsfrage. Aus Königsberg i. Pr. liegen speziell Anträge darüber vor, wonach die für die Unterführung nötigen Mittel für die allein politische Gesamtageregen aus der Zentralkasse der Partei, für die allein gewerkschaftlich Organisierten aus der Zentralkasse der Gewerkschaften und für die beiden Organisationen Angehörigen aus beiden genannten Kassen zu gleichen Teilen zu zahlen sind. Ein Antrag Frankfurt a. M. fordert, daß die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet sind, an die Partei und Gewerkschaften einen Tageswert abzugeben. Ein Antrag Trebitz beantragt den Parteivorstand, erneut mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die

Frage der freien Arbeiterrunde am 1. Mai in Unterhandlungen zu treten. Die Genossen von Hanau-Darb wünschen ebenfalls eine neue Regelung über die Waiseier, da die getroffenen Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission absolut ungenügend seien, nur Vereinbarungen unter den Parteigenossen (wobei es auch unter den Gewerkschaften nicht herabzusetzen) und die ganze Waiseier in Zukunft unmöglich machen würden. Eine abweichende Stellung von der der meisten Antagsteller nehmen die Genossen in Elberfeld bei Kiel ein, indem sie beantragen, die Beschlüsse dieser Parteivorstand und Generalkommission über die Waiseier sind aufzuheben. Der Parteitag beschließt: die würdige Feier des 1. Mai ist die Arbeiterrunde; die Partei zählt jedoch keine Unterführung in Gewerkschaften. Der Referent über dieses Thema, Reichstagsabg. Fischer (Berlin) wies darauf hin, daß die Frage der Waiseier schon ergiebig behandelt worden ist, daß wenig mehr zu sagen wäre. Es handelt sich nur um den Wunsch des Stuttgarter Internationalen Kongresses, die Unter-

**Rückfrage zu regeln.** Nun werde gefordert, daß die Unterfertigung nicht lokal erledigt werde, sondern durch die Zentralstelle. Der Parteivorstand solle aber nicht die Möglichkeit, das bisherige System zu ändern. Einzelne Anträge wollten ja überhaupt die Unterfertigung befehlen. Das gebe aber nicht an, wenn man diese die Opfermühen und so vielen bereiteten Arbeiter nicht in Schieflage lasse. Die Zentralstelle könne jedoch nicht die Kosten der Maifeier tragen. Wir sind, erklärte Mitglied Fischer, eine politische Partei und keine Seite zur Unterfertigung gewerkschaftlicher Arbeiterkämpfe. Auch die gewerkschaftlichen Zentralverbände haben erklärt, daß sie die finanzielle Verantwortung für die einzelnen Kämpfe, über die sie nicht zu entscheiden haben, nicht übernehmen können. Generalkommission und Parteivorstand wollen eine würdige Feier für den 1. Mai haben. Die Mittel dazu müssen aber von der Parteioffiziation und den Gewerkschaften an Orte aufgebracht werden. So bestimmt die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Gewerkschaften. Den örtlichen Organisationen ist anbeizustellen, den Zeitpunkt, von dem an die Unterfertigung gegeben werden soll, zu bestimmen. Wir bitten alle Anträge abzulehnen, die den Parteivorstand anfordern, die Sache nochmals mit der Generalkommission zu beraten. Der Parteivorstand kann nichts anderes vorschlagen, angefaßt der brutalen

**Zusatz, daß es an Geld fehlt.**

Die Maifeier ist von Jahr zu Jahr gemittelter geworden. Wenn sie diesmal in einzelnen Orten nicht zufriedenstellend, so liegt das an dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang. — Darauf wurde in die **Umsprache** eingetreten. Eubbe (Hamburg) empfiehlt Annullierung eines Fonds für die Maifeier. Die 2 Millionen organisierten Arbeiter könnten durch einen so Pfg.-Beitrag eine Million Mark aufbringen. Rosa Luxemburg führt aus: Von dem brüderlichen Zusammenwirken der beiden organisierten Epochen, der Partei und der Gewerkschaft, habe ich mir nie viel versprochen. Meine Befürchtungen sind eingetroffen. Das liegt nicht am Beispiel der Behandlung der Maifeier und der Jugendfürsorge. Die Unterfertigungsfrage ist eine Schlinge geworden, mit der die Maifeier erdroffelt werden kann. Die Unterfertigungsfrage wird nur dadurch gelöst, daß die Maifeier möglichst ausgebeutet wird, daß sie einen solchen Umfang annimmt, daß Maßregelungen einfach unmöglich werden. Wenn wir uns lau zeigen, so bekommen die Unternehmer erst Mut zu Maßregelungen. Wir geben schmerzlichen Kämpfen entgegen, darum müssen wir geschlossenen vorgehen. — Adler (Kiel): Wir können die Maifeier nicht aufgeben, nachdem wir jahrelang dafür gekämpft haben. Das würde uns als Schwäche ausgesetzt werden. Das Angebot des Maifeier-Spezialisten Widom und Fischer muß uns tief betreffen. Wer die Kassenverhältnisse kennt, wundert sich darüber, daß die Gewerkschaften so wenig nachgiebig sind. Den Gewerkschaften gegenüber ist doch

**die Partei der „arme Mann“.**

Die Vereinbarung ist mit Rücksicht zu beschaffen, um der Maifeier ein Ende zu machen. (Oho-Rufe.) Wir Schleswig-Holsteiner leben in der Vereinbarung keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt. (Zuruf: Wir können doch nicht für die Nummer der Schleswig-Holsteiner. Große Heiterkeit.) Ruch (Magdeburg) erklärt: Die bestehende Verrentung wird noch dazu führen, daß die Maifeier ganz verhandelt. Man weiß nicht mehr ein noch aus. Als die Begeisterung noch allgemein war, waren die Unternehmer bereit, sich zu fügen. Als der Parteitag dann aber bröckelte, lehnten sie jedes Entgegenkommen ab. Wir wollen klaren Mein haben, so aber so. Seeger (Leipzig) führte aus: Man raubt uns den Mut zu den ferneren Kämpfen, wenn immer auf

**die leeren Taschen geklopft**

wird. — Engler (Freiburg): Wenn die Maifeier eine Unterfertigungsfrage wird, dann ist sie bald erwidert. Das Verantwortungsgefühl des Einzelnen muß geklärt werden. Die vorgeschlagene Vereinbarung ist brauchbar. — Meyer (Frankfurt a. O.): Die Maifeier muß anders geregelt werden, aber sofort! Reichstagsabgeordneter Zubeil (Berlin): Was soll denn aus der Maifeier werden, wenn fortwährend eine Pfordelkur an ihr ausgeübt wird? Jetzt will man die Parteigenossen gebunden in die Hände der Gewerkschaften geben. Die Vereinbarung ist ein totes Wesen, das auch durch die Galvanisation neuer Anträge nicht belebt werden kann. — Der Generalsekretär der Gewerkschaften, Reichstagsabg. Robert Schmidt-Berlin, meint, daß Rosa Luxemburg mehr zum Standa! aus dem Verstande eingeht. Sie verkennt die Verhältnisse vollständig, nicht der Mut der Partei könne helfen, sondern nur ihre Mitwirkung. Mit russischen Beispielen solle man nicht kommen. Die ganze russische Gewerkschaftsbewegung sei ja zerrüttet. Die revolutionäre russische Bewegung, so erklärt der Redner, kann mit unserer ruhigen, stetigen Arbeit nicht verglichen werden. Wir haben uns den Verhältnissen des Parteitages stets lokal gefügt. Man soll uns nicht immer mit Neben kommen, sondern wir wollen auch Zehen haben.

**Zu künftigen Szenen**

fom es, als dann der frühere Parteisekretär Bied (Bremen), der schon gestern gerade keinen günstigen Eindruck auf die Partei gemacht hat, das Wort ergriß. Er leitete seine Ausführungen damit ein, daß er sagte, es müsse eine **Umsprache** mit Zeit genant werden, wenn ein Genosse, der an erster Stelle der Bewegung stehe, der Genossin Rosa Luxemburg den Vorschlag mache, daß sie zum Standa! geneigt sei. (Großer Zuruf.) Er wolle damit den Ton dieser Leute lenken. (Erneuter Zuruf. Laute Zurufe: Schluß! Herunter von der Tribüne! Raus!) Es gebe Leute, vor denen er nicht die geringste Achtung haben könne. (Erneuter großer Zuruf. Zurufe: Seherant! Schluß! Ein Delegierter ruf: Da liegt man den Segen der Partei. Nürnberg mit den Redner unter lebhaftem Beifall der Parteioffiziation zur Ordnung. Bied fährt darauf fort: Ich habe diese Art der Ausführungen nicht auf der Parteifolge gelernt. (Stimmliche Heiterkeit und Zuruf: Jeder blamiert sich so gut wie er kann!) Ich habe schon immer so polemisiert. (Schlußruf.) Redner verlangt, daß die Gewerkschaften die finanzielle Verantwortung für die Maifeier übernehmen.

Simon (Nürnberg): Die Welt hat sich bei uns umgekehrt. So lange wir Schwach waren, hielten wir uns für stark. Jetzt, wo wir stark sind, fühlen wir uns auf einmal schwach. Reichstagsabg. Pispinski (Leipzig): Wenn wir die Vereinbarung nicht annehmen und alles gut heißen, was der Parteitag tut, dann haben wir an Stelle der Parteitage die Kabinettspolitik. (Sehr richtig!) Darauf wird die Debatte geschlossen. Im Schlußwort führt Reichstagsabg. Fischer aus:

**Der Gedanke der Maifeier**

ist niemals schwer geschädigt. Ich heute in der Diskussion durch Uebertreibungen, die vom Stapel gelassen worden sind. (Beifall.) Was sollen Genossende von einer Partei denken, die ihre Führer so bedrängt? Hier erheben sie schwere Vorwürfe gegen Ihre Regierung, die sie übermorgen wahrscheinlich wiederwählen. (Heiterkeit.) So kann man nur reden, wenn man kein Verantwortungsgefühl hat. (Zustimmung.) Zu recht hat mit jugendlichem Feuer gesprochen. Er hätte sein Alter mehr zu Rate ziehen sollen. Wenn man die Maifeier schwer beschuldigen wollte, so hätte man es nicht besser tun können als durch die verantwortungslosen Redensarten, die hier gemacht worden sind. (Beifall.) Diese Leute haben von dem ganzen Wesen der Gewerkschaftsbewegung keine Ahnung. (Zustimmung.) Dinge, die man sich an den Schulbüchern abgelaufen haben sollte, sind hier vorgebracht worden. Da hier es, wenn alle feiern, dann gibt's keine Ausperrung mehr. Das ist sehr weise. Das heißt soviel: Es gibt keine Armen mehr, wenn jeder 11 Millionen hat, und Onkel Bräsig hat ja schon gelogt: die verfluchte Armut kommt von der Boovete. (Große Heiterkeit.) Am guten Willen des Parteivorstandes ist nicht zu zweifeln, und die Gewerkschaften haben ihre volle Pflicht getan. Und da kommt man uns hier mit

**Nebenarten, die interessant klingen**

und nach etwas inszenieren, aber es ist nichts dahinter. Die Maifeier ist doch keine Begeisterungsfrage, die man auf Pfählen sieht, um sie am 1. Mai abzufallen! Wir wollen noch, wie Bismarck 1880 nur auf einen Ausfall am 1. Mai wartete, um die Sache zu Ende zu bringen und den Geißel hauen und die Fäden ziehen zu lassen. Und dann kommen Leute hierher und sagen: Die Gesellschaft hat sich mit dem Gedanken der Maifeier schon abgefunden! Aber nicht die einfachsten Dinge weiß, der soll sich nicht hierberücken und große Worte machen. Wir betrachten die Maifeier nicht als Machtprobe gegenüber Regierung und Unternehmern.

**Wir lehren wirtschaftliche Maßproben dankend ab.**

Unsere Maßproben machen wir bei den Reichskämpfen. Aber im wirtschaftlichen Kampf sind wir gegenüber den Unternehmern nur mit einem Fiederhieb bewaffnet. Eine andere Form der Erledigung als die Vereinbarung hält der Parteivorstand nicht für gegeben.

Darauf wurde zur Abstimmung geschritten. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung über die Vereinbarung wurde abgelehnt. Darauf wurde die Vereinbarung in folgender Form angenommen:

Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsstatut und die Parteioffiziation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst. Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen, sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden. Bei Ausperrungen infolge der Maifeier kann den davon Betroffenen Arbeitern eine Unterfertigung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch. Abgelehnt wurde folgender Teil der vorgeschlagenen Vereinbarung: Die für die Unterfertigung nötigen Mittel sind von der Parteioffiziation und der Gewerkschaft an Orte, an welchem die Ausperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterfertigung der Ausperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden, die Mittel zu diesem Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterfertigung der Ausperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Anstalten am Orte von der Parteioffiziation und den Gewerkschaften, denen die Ausperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Anstalten der Ausperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterfertigung aus den Zentralstellen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausperrten nicht. Erheben die Gewerkschaften im Hinblick an die Ausperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterfertigung der Ausperrten allein zu übernehmen.

Ein Antrag Adler (Kiel), wonach der Parteivorstand mit den Gewerkschaften in neue Verhandlungen über die Unterfertigungsfrage treten soll, wird angenommen. Reichstagsabg. Bömelburg erklärt darauf: Ich beantrage, daß die jetzige Vereinbarung solange in Kraft bleibt, bis eine neue geschlossen wird. (Zustimmung.) Reichstagsabg. Widom (Berlin) führt aus: Es erfolgt keine „Vereinbarung“ mehr. Darauf wurde die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission als aufgehoben erklärt.

Weitere Anträge zu dem Thema wurden dem Vorstande als Material überwiefen, andere, die die Maifeier speziell regeln, angenommen. Darauf vertagte sich der Parteitag auf Mittwoch vormittag. Morgen Mittwoch wird Bebel als erster Redner im Auftrag des Parteivorstandes über die Frage der Budgetbewilligung sprechen und die angeforderte Abrechnung mit den Budgetbewilligten halten. Von diesen ist leitens der bayerischen Delegation der Reichstagsabg. Timm (München) und von der badischen Landtagsfraktion der Reichstagsabg. Landtagsabg. Dr. Frank (Mannheim) als Hauptredner bestimmt worden.

**Sportnachrichten.**

**Duisburg.** Der „Große Preis vom Niederrhein“, ein Stundentrennen in drei Läufern hinter Motorflügelmaschinen, wurde am letzten Sonntag zum Austrag gebracht. Der bekannte holländische Meisterschwimmer und Gewinner des letzten Remonster Tagesrennens John Stiel gewann den ersten Preis auf seinem vorzüglichen Schwimmer.

**Der Schwimmtampel Oster-Tararaff.** In dem Wettkampf um die Meisterschaft der Welt gewann Laster am Dienstag die 6. Partie. Tararaff als Nachjüngender verteidigte sich französisch, machte aber in der Eröffnung einen kleinen Fehler, den Laster meisterhaft ausbaute. Die kurze und scharf gepielte Partie verlief folgendermaßen:

- Laster (weiß), Tararaff (schwarz). 1. e2-e4, e7-e6; 2. d2-d4, d7-d5; 3. Sb1-c3, Sg8-b6; 4. Le1-g3, Lf8-b4; 5. e4xg5, Dd8xg5; 6. Sg1-f3, e7-e5; 7. Lg3xg5, e7xg5 (Schwarz sollte vorher Ld8xg5 spielen); 8. Dd1-d2, Dd8xg5; 9. Dd8xg5, Sd8-f7; 10. Td1-d1, Td8-g8; 11. d4xg5, Dd5xg5; 12. Dc3-d2, Dc5-b6; 13. e2-c3, e7-e4; 14. Dd2-e2, f6-f5; 15. g2-g3, Sd1-e5; 16. Lf1-g2, Dd8-e7; 17. Dd2-e2, e7-e5; 18. Qd1-d2, Lc8-b7; 19. g3-g4, h5-h4; 20. Dd2-d3, Td8-b8; 21. Dd2-h4, Lb7xg3; 22. Lg2xg3, Dd1-e5; 23. Td1-e1, Dd5xg2; 24. Dd4-f4, Td8-c8; 25. Dd4-e4, f7-f6 (Schwarz ist hierdurch zugunommen, denn Weiß droht Matt durch Lf3-g4, Td8-c8, Dd4-e5); 26. Ld3-d4, Td8-e8; 27. Ld5-g8, f7xg8; 28. Te1xg8 (0. Schwarz gibt auf. — Der Stand des Wettkampfes ist nunmehr: Laster 6, Tararaff 2, remis 3.

**Leitung: Wilhelm Georg.**

Verantwortlich für den politischen Teil: **Wilhelm Georg**; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: **Eugen Brinkmann**; für das Feuilleton und Vermischtes: **Paul Schauburg**; für den Handsteil: **Fritz Kanig**; für den Inzeratenteil: **Friedrich Endrulat**; Druck und Verlag von **Otto Henkel**. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

**Meine Damen, Sie machen mich wirklich nervös**

mit dem ewigen Sulken. Sie tun gerade so, als ob's keine Frau dächte. Geben Sie Mineral-Badungen ab. Ich begreife überhaupt nicht, wie ein Mensch sich mit Sulken plagen kann, wenn er die Möglichkeit hat, ihn für ein paar Pfennige auf bequeme Her zu werden. Reimen Sie Frau's adäquate Söhner und Sie kühlen nicht mehr. Sie Schachtel kostet ja nur 85 Pfg. und ist überall erhältlich. Können Sie aber, daß Sie keine Nachahmung erhalten und verlangen Sie stets nur „Ran's adäquate Söhner“.

**Grosse**

# Gardinen - Woche.

Ein selten günstiges Angebot in Engl. Tüll-Gardinen, nur bestbewährte, vorzügliche Qualitäten zu ausserordentlich billigen Extra-Preisen.

<b>Serie I</b>	<b>Serie II</b>	<b>Serie III</b>	<b>Serie IV</b>	<b>Serie V</b>
das Meter statt 40 Pf. <b>25 Pf.</b>	das Meter statt 65 Pf. <b>38 Pf.</b>	das Meter statt 78 Pf. <b>45 Pf.</b>	das Meter statt 95 Pf. <b>58 Pf.</b>	das Meter statt 1,10 <b>75 Pf.</b>
abgepasst d. Fenster statt 2,50 <b>1<sup>75</sup></b>	abgepasst d. Fenster statt 4,00 <b>2<sup>40</sup></b>	abgepasst d. Fenster statt 5,00 <b>3<sup>50</sup></b>	abgepasst d. Fenster statt 6,50 <b>4<sup>25</sup></b>	abgepasst d. Fenster statt 7,75 <b>5<sup>00</sup></b>

**Restbestände**  
in  
**Gardinen, Teppichen  
und Tischdecken**  
bedeutend unter Preis.

## Geschäftshaus J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080916022/fragment/page=0003

DFG

# Total-Ausverkauf

20% Rabatt auf alle Waren.

## Gust. Jmmermann,

55 Gr. Ulrichstr. 55.

Krankheitshalber beabsichtige mein seit 25 Jahren bestehendes

### Spezial-Handschuh- und Krawatten-Geschäft

aufzulösen

und stelle mein gesamtes Lager in:

Lederhandschuhen, Stoffhandschuhen,  
Krawatten, Cachenez u. Tüchern  
zum Verkauf.

15001

Die im Jahre 1827 von dem edlen Menschenfreunde  
Ernst Wilhelm Arnoldi begründete

### Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit



ladet hierdurch zum Beitritt ein. Mit einem Bestande  
an eigentlichen Lebensversicherungen von

**952 Millionen Mark**

nimmt sie die erste Stelle auf dem europäischen Festland  
ein. Ingesamt wurden von ihr bis Anfang 1908  
neue Versicherungen abgeschlossen über 1701 Million. M.  
fällige Versicherungssummen ausbezahlt 507

aus Dividenden zurückerstattet . . . . . 245

Alle Überschüsse kommen den Versicherungsnehmern  
unverkürzt zugute.

Die sehr günstigen Versicherungsbedingungen gewähren  
Unfallbarkeit Unanfechtbarkeit Wertpolice  
von 2 Jahren. nach 2 Jahren. nach 2 Jahren.  
Ankunft erteilen die Vertreter der Bank an allen  
grossen und mittleren Plätzen sowie die Bank in Gotha.

## Rennen zu Leipzig.

**I. Tag: Sonnabend, den 19. Septbr., nachm. 2 1/2 Uhr.**

6 Rennen im Gesamtbetrage von 34 100 Mark  
worunter **Stiftungspreis 15 000 Mark.**

**II. Tag: Sonntag, den 20. Septbr., nachm. 2 1/2 Uhr.**

6 Rennen im Gesamtbetrage von 48 300 Mark  
worunter **Grosser Preis 25 000 Mark,**

**Leipziger Handikap 11 000 Mark,**

**Wettiner-Jagd-Rennen um den Ehrenpreis Sr. Maj. des Königs.**

Wettanträge für den Totalisator werden im Sekretariat des Leipziger Rennklubs, Hain-  
strasse 7, I, am 17. und 18. Septbr. von vorn. 10-12 und nachm. 3-4 Uhr, an den Renntagen  
nur vormittags von 10-12 Uhr entgegengenommen. 1901



Sonderangebot, verbindlich bis

30. Septbr.: Riesen-Ananas-  
Erdbeeren, zuckerreich saftig  
festfleischige Früchte von fein  
wizigem Aroma. Intensiver  
Ananas-Geschmack. Sehr groß-  
früchtige, sehr reichtragende  
Sorten: an einer Pflanze zählte  
man 135 ausgebildete Tafel-  
früchte. Herr Dr. Sachs, Neu-  
kirchen, schreibt uns:

„Ich habe von einer  
Pflanze über 1 Kilo  
Früchte geerntet.“

85 Pf.  
10 Pflanzen  
50 Pflanzen M. 2.30 — 100 Pflan-  
zen M. 4.50 — 500 Pflanzen M. 20  
— 1000 Pflanzen M. 39 — Kein  
Hausgarten ohne ein Beet  
dieser Ananas-Erdbeeren. Die  
ertragreichste zur Massenanzucht:  
ein Zinsen- und Pacht-  
zahler, Wertlose Stücken Land  
werden, mit unseren Ananas-  
Erdbeeren bepflanzt zur Gold-  
grube. Zur Ernte im nächsten  
Jahre muss jetzt gepflanzt  
werden. 1901

**M. Peterseim's**  
Blumengereien Erfurt.  
Lieferungen an Behörden.

Obstbäume, Rosen,  
Blumenzwiebeln dieses  
Jahr sehr billig; Haupt-  
katalog umsonst.

### Bitte gratis Katalog zu nehmen über bes- teste Flugzeugel, Grüter, Geflügelzüchter, fämi. Jagdgeräte u. f. w. Geflügelbau f. Auerbach Str.

### Volks-Kaffee-Hallen

des Vereins für Volkswohl:

- I. am Leipziger Turm,
- II. Alte Promenade, (Heidebahn)
- III. Moritzwinger.
- IV. Scharfweizer, 2. Etagehalle.
- V. Vor dem Steintor (Hofballen).

Alle fünf sind geöffnet von  
früh 1/6 Uhr an.

Es wird verabreicht:

- Kaffee
- Kafao
- Milch
- Strohbröde
- Getreide
- Limnade

in IV. auch Suppe zu 10 Pf.  
Waffen zu 5 Pf., welche sich  
sonders zu Gefechten an Be-  
dürftige erlangen u. in den 5 Hallen  
verwendet werden können, sind in  
den 5 Hallen, sowie bei deren  
Kaufen, Kaffee, Milch, Limnade,  
Strohbröde, Getreide, Limnade,  
Herrn Kaufm. Hille, Heintz, 68,  
und Herrn Wobius, Ritterstr. 5,  
zu haben.

### Flügel und Pianinos

von Blüthner, Ibach, Steuway & Sons, Feurich, Förster,  
Irmler, Römhild, Mand, Schiedmayer etc., empfehle in  
größerer Auswahl am Platze, ca. 60-70 Instrumente, Vermietung,  
Reparaturen und Stimmungen.

**Balthasar Döll, Gr. Ulrichstrasse 33/34.**  
Fernsprecher 2784.

### Bad Wittekind

Donnerstag, den 17. September  
**Schlachtfest.**

15021 C. Rohde.

## Radrennbahn.

Sonntag den 20. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr

## Großer Preis von Halle.

100 Kilometerrennen mit Motorführung.

**Dickentmann, Scheuermann, Ingold.**

Donnerstag von 6 Uhr nachm. ab **Training.**

**Schluss der Saison.**

### Bad Sachsa Erholungsheim „Waldhaus“

für Herz-, Nerven- Kranke  
und Blutmangel.

Prospekte. Bes.: Dr. Lohrzengel. (8067)

### Zoolog. Garten

Täglich Vorführung von  
**Havemann's Raubtierdiale**

3 Löwen,  
1 Königstiger,  
4 Leoparden,  
2 Tiger-Löwen-Vestards.

Keine besonderen Eintritts-  
preise.

Eintrittspreise:  
Erw. 20 Pf. Kinder 10 Pf.

### Seit Jahren = gabelhöchste Preise f. getr. Damen- u. Herrenkleider =

— ganze Modische —  
Schulter, Ärmel, Hals, u. u.  
Silberfach, Aufwärter, Pianinos,  
Häuser, Büchlein, Möbel,  
Bücher, Betten, Wanduhren, auch  
neuwaren aller Art. Dr. Hofstater  
bestellt, kommt sofort, auch auswärts.

**Renner,**

Schlosshof Nr. 1.

### Stadt-Theater.

Donnerstag, den 17. Septbr.  
6. Ubr. 1/2. Int. 2. 2. 3.

### Hofgunst.

Auffpiel in 4 Aufzügen von T. J. v.  
Trotha  
Bertoni:  
Der Fürst. Wilhelm Hebel.  
Die Fürstin. Mutter Aug. Thiern.  
Prinzessin. Ad. v. Schöma.  
Ihre Majestät. Mar. Schöma.  
Erz. v. Wallen. Oberhofmeister Mag. Tobien.  
Erz. v. Eichen. Oberhofmeisterin 2. Walz. v. Hög.  
v. Adon, Kammerherr. Adalbert Lens.  
Erz. v. Buchen. Hausmüller. Walter Sieg.  
v. Sellmuth. Hof- jagdmüller. Karl Stahlberg.  
Grafin Birkenfeld. W. Branden.  
Baron Bohlenstein. Gutsbesitzer. Carl Schilling.  
Wid. v. Lechter. Wanda Dietz.  
Baroness Gertha. Suf. Kornow.  
Sof. v. Salden.  
Premierleutnant Ernst Gode.  
Fäulchen Stern. Agnes Amberg.  
Stachel. Diener. Ferd. Amberg.  
Jofe. Friede Werner.  
Hofdame. Maria Wüben.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

### Neues Theater

Direction: E. M. Mauthner.  
Donnerstag, 17. September 08  
um 8 1/2 Uhr. Schwant-Komität  
**Das Handweiblein.**

### Auswärtige Theater.

Donnerstag, den 17. September:  
Leipzig. Neues Theater: Rosen-  
montag. — Altes Theater: Der  
Revisor.  
Göburg. Hoftheater: Der Bild-  
säule.

### Süssmilch's Walkalla-Theater.

Ab heute Mittwoch, 16. Sept.  
**Riesen-  
Pracht-Programm**  
unter eigener Direktion.  
Alfred Schneider's  
**Löwengruppe,**  
„Im Salon d. Löwenbändiger“  
14 afrikanische  
**Pracht-Exemplare.**  
Jaques Bronn,  
Gesangs- u. Tanzhumorist,  
Bianka Roselli,  
Operetten-Walzerängerin,  
Carlo Figliola,  
Der Malerathlet in der  
elektrischen Blumenlaube  
mit der lebenden Schaukel.  
Willy Gabrun,  
der kleinste und drolligste  
Grottesk-Komiker der Welt,  
110 cm gross.

### Rheingold-Trio.

Das in Halle so beliebt  
gewordene u. allbekannte  
Herrn- Gesangs- Trio in  
seinem neuen Repertoire,  
„Der grüne Teufel“,  
grosse phantastische  
Pantomime.

Das Gegenst aus den  
heiligen Hallen der Delauer  
Heide.

Alfred Duskes  
lebende Photographien.

**Marzella Prinz,**  
die tollkühne Tänzerin im  
Löwenkäfig.

### Hochheimer Weine

empfehlen  
Gustav Fritz Hochheimer  
Man verlange Preisliste.

### Optische Waren

preiswert u. gut Gr. Ulrichstr. 1a.  
**Otto Unbekannt**

174  
Donntag 10. Sept. 1888.  
jeinthe Rot, Leder- u. Schwärze  
wurft a. 10. 1 Mart.

### Seit Jahren = gabelhöchste Preise f. getr. Damen- u. Herrenkleider =

— ganze Modische —  
Schulter, Ärmel, Hals, u. u.  
Silberfach, Aufwärter, Pianinos,  
Häuser, Büchlein, Möbel,  
Bücher, Betten, Wanduhren, auch  
neuwaren aller Art. Dr. Hofstater  
bestellt, kommt sofort, auch auswärts.

**Renner,**

Schlosshof Nr. 1.

### Kochöfen, Regulier-Füllöfen, irische und amerikanische, Sparherde, gusseiserne Kessel

empfehlen billigst  
**Fr. Lindenhahn,**

Ofen- und Eisenhandlung,  
Königsstrasse 8. 15007

### P. hauptmann'sche Verlagshandlung

Bonn am Rhein.

### P. hauptmann'sche Roman-Sammlung.

(Billige und gute Lektüre.)

Wir empfehlen u. ist durch jede Buchhandlung zu beziehen  
P. hauptmann'sche

Einzelne Werke erfolgen bereits in 10. Auflage.

Jeder Band (außer Nr. 1) in Orig.-Leinen-Band  
geb. 2.50 Mk.

Die Handlung der Volksliteratur sagt: L. de Klöder bildet eine  
vermöge Bereicherung unserer besten Romanliteratur.

H. Ketter sagt u. a. von H. Lindoff: „L. ist in jeder Beziehung eine  
vorwiegend Erzählerin, vornehm vor allem durch den edlen Gehalt aller  
ihrer Novellen . . . in der Wahl ihrer Stoffe . . . Ihre lebhaft Phantasie  
erlaubt die überraschenden, eigenwilligen Verwicklungen, die, so sehr  
sie über die Wirklichkeit der meisten fasslichen Erzählungen erhaben  
sind, doch nie den Boden der Wirklichkeit verlassen.“

- Nr. 1: L. de Klöder (C. Hauptmann), Ista von Drahenfels. Geb. M. 2.
- Nr. 2: H. Lindoff, Verlorenen Wege.
- Nr. 3: „ Der verlorene Sohn.
- Nr. 4: „ Das Bescheid der Keilmann.
- Nr. 5: „ Die Tochter des Spielers.
- Nr. 6: „ Der Callisman.
- Nr. 7: „ Felicitas.
- Nr. 8: de Nanarg, Der Hohenstein.
- Nr. 9: Prinzessin O. de C., Camille Roges.
- Nr. 10: H. Lindoff, Der Hohenstein.
- Nr. 11: „ Aus Dürrenberger Zeit.
- Nr. 12: „ Das stille Schloß.
- Nr. 13: „ Das Kind des Dagabunden.
- Nr. 14: „ Der 100 Jahre.
- Nr. 15: „ Das erste Honorar u. a.
- Nr. 16: „ Die Tochter des Dorfparzes u. a.
- Nr. 17: „ Ein Jugendtraum u. a.
- Nr. 18: H. Lindoff, Das Geheimnis eines Lehramens.
- Nr. 19: L. de Klöder (C. Hauptmann), Späte Erkenntnis.
- Nr. 20: „ Götterdämmerung.
- Nr. 21: „ Die Tochter der Hege.
- Nr. 22: H. Lindoff, Der Hohenstein.
- Nr. 23: H. Jordans, Licht und Schatten.
- Nr. 24: „ In der Schule des Lebens.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080916022/fragment/page=0004